

Working poor) und tritt für den Erhalt der Sozialversicherungssysteme ein. Eine Richtlinie zu einem „Ethik-Kodex“ soll veröffentlicht werden, die auch für die nationalen Gesetzgebungen verbindlich wäre. Ferner begrüßen sie Vorschläge, „bedeutende Beiträge aus den Strukturfonds für innovative Unternehmungen“ zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung bereitzustellen. In diesem Zusammenhang verweisen sie beispielhaft auf Aktivitäten im Bereich der Raumordnung, der Städteplanung (Maßnahmen zugunsten benachteiligter Stadtviertel und Vororte) und des Umweltschutzes. Außerdem werden die europäischen Institutionen aufgefordert, einen Haushalt einzurichten, um die Armuts- und Ausgrenzungsproblematik eingehend kennenzulernen und präventive Maßnahmen einleiten zu können.

In wenigen Sätzen umreißen die Kirchen und ihre Verbände ihre eigene Rolle bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf europäischer Ebene: Zum einen können sie sich ihre Teilnahme an dem oben skizzierten Beobachtungs- und Warnsystem vorstellen. Zum anderen schla-

gen sie in bezug auf das jährliche Sozialforum eine verstärkte Beteiligung der Kirchen und ihrer Verbände vor, die „explizit als Teilnehmer des Forums der Nichtregierungsorganisationen anerkannt werden sollten“. Im übrigen unterstützen sie die Idee eines Europäischen Jahres der Solidarität zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung.

Unabhängig von der unterschiedlichen Rechtsstellung der Kirchen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und den vielfältigen Rollen der kirchlichen Wohlfahrtsverbände sind sie sich in ihrem Engagement für die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen und bedrohten Menschen einig. Aufgrund ihrer sozialpolitischen Kompetenz haben sie sich auch für die Zukunft als sachverständige Gesprächspartner der europäischen Institutionen empfohlen. Ein weiterer wichtiger Effekt des Konsultationsprozesses besteht darin, daß sich die Fachleute aus den Unionsstaaten auf ökumenischer Basis zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch treffen konnten, der für die Konzertierung weiterer Aktionen hilfreich sein kann.

Ruth Kirsch

Desillusionierung im Gottesstaat?

Der Iran steht vor massiven sozialen und wirtschaftlichen Problemen

Der Berliner „Mykonos“-Prozeß warf vor kurzem ein bezeichnendes Schlaglicht auf das Teheraner Regime und damit auch auf das Verhältnis Deutschlands zur Islamischen Republik Iran. Rita Breuer, Länderreferentin bei Misereor, skizziert die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation des Landes gut 18 Jahre nach der Revolution und unmittelbar vor dem Ende der Ära Rafsandschani. Auch wenn dem Regime keine wirksame politische Opposition gegenübersteht, liegt in den massiven wirtschaftlichen und sozialen Problemen erhebliche Sprengkraft.

Als es dem schiitischen Geistlichen Ayatollah Ruhollah Khomeini im Januar 1979 gelang, den Schah von Persien, Mohammed Reza Pahlawi, zu entmachten und sein ausgesprochen pro-westliches Regime durch eine islamische Theokratie schiitischer Prägung zu ersetzen, hätte die entsetzte Weltöffentlichkeit kaum daran gedacht, daß die neue Regierung das Ende des 20. Jahrhunderts erleben würde. Khomeini war an die Spitze einer Protestbewegung gelangt, die vor allem politische und soziale Mißstände anprangerte und sich den Haß der Bevölkerung zunutze machte auf einen Herrscher, der in Nachahmung westlicher Ideale die eigene Tradition und Kultur und damit die religiösen Gefühle der Bevölkerung mit Füßen trat und der zunehmenden Verarmung seiner Landsleute teilnahmslos zusah.

Nach jahrhundertelangem Quietismus der schiitischen Geistlichkeit propagierte Khomeini die Übernahme religiöser und politischer Verantwortung durch einen Gottesgelehrten und betrieb nach dem Umsturz in Teheran eine umfassende Islamisierung des öffentlichen, politischen, sozialen

und kulturellen Lebens. Verschiedene Institutionen sollten fortan die Umsetzung islamischer Prinzipien vom Alkoholverbot über die Kleiderordnung bis zur Geschlechtertrennung, auf allen Ebenen des Bildungswesens und der Gesetzgebung garantieren. Das neu eingerichtete Ministerium für „Rechtleitung“ und Verbreitung islamischer Grundsätze im Land erleichterte die staatliche Kontrolle und Zensur über Medien und Presse. Revolutionswächter wurden eingesetzt mit dem Auftrag, die Einhaltung islamischer Prinzipien insbesondere im öffentlichen Leben streng zu überwachen, und der Wächterrat, ein Gremium aus 12 schiitischen Geistlichen und Rechtsgelehrten, überprüfte Gesetzesvorlagen und Verordnungen aller Art auf ihre Vereinbarkeit mit dem Islam. Nach dem Tode Khomeinis 1989 ging die in der Person des greisen Ayatollah vereinigte theologische und politische Führerschaft auf zwei Personen über. Als religiöser Führer setzte sich der als Hardliner bekannte Ayatollah Ali Khamenei durch. Er ist unter den schiitischen Gelehrten gerade im Hinblick auf seine theologische Kompetenz umstritten. So

blieb ihm auch das Amt der höchsten geistlichen Autorität der Schiiten verwehrt. Staatspräsident und damit politischer Führer wurde hingegen der Pragmatiker *Ali Akbar Hashemi Rafsandschani*. Dieser war zwar loyal zur Islamischen Republik, wollte aber gleichzeitig Zusammenarbeit mit den Industrienationen und eine liberalere Wirtschaftspolitik durchsetzen und die Islamisierung lockern. Obwohl zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft seiner Linie folgten, blieb er letztlich erfolglos.

Am Ende der Ära Rafsandschani

Ayatollah Khamenei, der mächtigste Mann im Staat, wandte sich seit 1992 verstärkt wieder radikalen Kräften zu. Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Revolutionswächter sowie Chef der Sicherheits- und Geheimdienste, um nur einen Teil seiner Vollmachten zu nennen, unterliegt seine Machtausübung kaum realen Beschränkungen. Im Vorfeld der Parlamentswahlen im März 1996 nutzte er diese Machtposition in seinem Sinne. Der Wächterrat unter dem konservativen Ayatollah *Ahmed Dschannati* überprüfte die islamische Orientierung aller 5000 Kandidaten und verweigerte 1600 von ihnen die Zulassung. Nachdem sich zunächst eine Pattsituation zwischen dem konservativ-islamistischen Lager um Khamenei und den liberal-pragmatischen Anhängern Rafsandschani ergeben hatte, ging ein zweiter Wahldurchgang im April 1996 zugunsten Khameneis aus.

Erwartungsgemäß stimmten bei der Wahl des Parlamentspräsidenten im Juni letzten Jahres 132 von 241 Abgeordneten für den erzkonservativen *Nateq Nuri*, der keine Gelegenheit ausläßt, um vor den satanischen Einflüssen des Westens und den Gefahren seiner Imitation zu warnen. Als er 1992 erstmals den Parlamentsvorsitz übernahm, galt er noch als Parteigänger Rafsandschani. Wenig später sah er dessen Stern sinken und mauserte sich nun zum Sprecher des konservativen Lagers. Die geringste Tendenz zur Liberalisierung wird von ihm als Einflüsterung des Teufels, Kniefall vor dem Westen und Verrat am Islam gebrandmarkt.

Der Ausgang der Wahlen – wie immer er zustande gekommen sein mag – bedeutete ein klares Votum für die *buchstabengetreue Umsetzung des islamischen Rechts* und die nachdrückliche Absage an Liberalisierungsbemühungen oder ein westlich geprägtes Verständnis von Menschenrechten und Demokratie.

Die Ära Rafsandschani geht indes im Frühsommer 1997 zu Ende. Eine dritte Amtsperiode wäre nur durch Verfassungsänderung möglich, was aber nicht im Interesse des vorherrschenden konservativen Flügels ist. Der laufende Wahlkampf zwischen Nateq Nuri und seinem liberalen Herausforderer *Mohammed Khatami* wird allem Anschein nach zugunsten von Nuri ausgehen, obwohl dieser in der Bevölkerung äußerst unbeliebt sein soll.

Das Regime ging und geht mit eiserner Hand gegen Oppositionelle jeder Couleur vor. Seit 1979 wurden mehrere tau-

send Regimegegner hingerichtet, und die gefürchteten und für Folter bekannten Gefängnisse sind voll mit politischen Häftlingen. Zahlreiche Kritiker befinden sich im Exil, denn auf iranischem Boden ist eine ernsthafte Opposition kaum zu betreiben.

Die offiziell zwar nicht erlaubte, de facto aber geduldete *Freiheitsbewegung* geht auf *Mehdi Bazargan* zurück, den ersten Ministerpräsidenten nach der Revolution, der aber bald wegen Differenzen mit Kohmeini und aus Protest gegen die Besetzung der amerikanischen Botschaft zurücktrat. Als einer der schärfsten Kritiker der Regierung war Bazargan bis zu seinem Tode im Januar 1995 bei der Bevölkerung sehr angesehen. *Ebrahim Yazdi* trat nunmehr aus seinem Schatten heraus und übernahm die Bewegung mit einem liberal-islamischen Kurs bei grundsätzlicher Anerkennung der iranischen Verfassung. Vor den Parlamentswahlen wurden die Kandidaten der Freiheitsbewegung mehrheitlich ohne Begründung vom Wächterrat abgelehnt.

Geduldete liberal-islamische Freiheitsbewegung

Die oppositionelle Gruppe der *Volksmujahedin*, deren nationaler Widerstandsrat im Irak residiert, propagiert hingegen einen gewaltsamen Umsturz der Teheraner Regierung. Nicht unerwähnt bleiben sollen hier die vielen iranischen Intellektuellen, die nicht müde werden, im In- und Ausland auf die Verletzung der individuellen Menschen- und Freiheitsrechte durch das Regime hinzuweisen.

Nachdem Medien, Presse und Kulturerzeugnisse aller Art durch die radikale Politik der Islamisierung in enge Grenzen gewiesen worden waren, kam es hier in den letzten Jahren zu einigen Lockerungen. Fast 80 neue, teilweise offen kritische Zeitungen wurden zugelassen, die Zensur wurde allgemein gelockert, und selbst offiziell verbotene Bücher gab es hier und da zu kaufen. Gleichzeitig werden von Zeit zu Zeit Exempel statuiert, wenn es denn zu weit geht, so unlängst im Falle des Schriftstellers *Abbas Maarufi*, dessen Literaturzeitschrift wegen kritischer Äußerungen verboten wurde; Maarufi selbst wurde zu 20 Peitschenhieben und sechs Monaten Haft verurteilt. Auch der regimekritische Schriftsteller *Faradsch Sarkuhi*, Herausgeber der bekannten Literaturzeitschrift „Adineh“, wurde kürzlich unter dubiosen Umständen verhaftet und nach eigenen Angaben auch gefoltert. Zusehends erhebt sich schließlich eine bis dato wenig organisierte Opposition innerhalb der Bevölkerung, die die immer schlechter werdenden Lebensbedingungen beklagt und nicht mehr bereit ist, sich in Geduld zu üben und den Versprechungen des Regimes Glauben zu schenken.

Unterdessen wachen die Revolutionswächter „Pasdaran“ weiterhin eifrig über die Einhaltung islamischer Vorschriften. In jüngster Zeit sind sie gehäuft auch wieder in Privatwohnungen eingedrungen, um mögliche Verstöße gegen die islamische Kleiderordnung, das Alkoholverbot oder den verbotenen Umgang von Männern und Frauen zu ahnden.

Betroffene müssen mit bis zu 80 Peitschenhieben rechnen, denen sie allerdings oft durch die Bestechlichkeit der Sittenwächter entgehen können.

Außenpolitisch versteht sich Iran als einer der Aufrechten im islamischen Lager, dies vor allem im Hinblick auf die unversöhnliche Haltung gegenüber Israel und die strenge Überwachung der islamischen Ordnung. Dem Westen gegenüber versucht das Regime, sich offen und liberal darzustellen und gegenteilige Eindrücke als Vorurteil zu entlarven. Vor allem Außenminister *Ali Akbar Velayati*, der in den USA Medizin studierte, ist um das Image seines Landes bemüht und ging sogar einmal soweit, das unlängst bekräftigte Todesurteil gegen den Schriftsteller *Salman Rushdie* offen zu bedauern.

Die Bundesrepublik ist wirtschafts- und außenpolitisch einer der wichtigsten Ansprechpartner Irans. Ob die *Politik des Dialoges* zugunsten der Menschenrechte bislang sehr erfolgreich war, darf bezweifelt werden. Von Kritikern des Teheraner Regimes und iranischen Intellektuellen wird sie scharf kritisiert, unter anderem, weil der iranische Geheimdienst in Deutschland über eine wichtige Basis verfügt. Die vorübergehende Krise, die durch Rafsandschanis Äußerung, der Mord an Rabin sei eine gerechte Strafe Gottes, hervorgerufen wurde, ist offensichtlich wieder beigelegt. Die USA sind trotz der schroffen Ablehnung offizieller Kontakte und ihrer diesbezüglichen Kritik an der Bonner Regierung drittstärkster Handelspartner Irans.

Neben den Spezifika einer weltweit einmaligen schiitisch-islamischen Republik zeigt der Iran mit graduellen Abstufungen die sozialen Probleme, die alle Länder im Entwicklungsprozeß haben. Mit einer Grundfläche von 1 648 000 Quadratkilometern und etwa 65 Millionen Einwohnern zählt das Land zu den größten und bevölkerungsreichsten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Aus geographischen Gründen sind große Teile des Landes nahezu menschenleer. Dicht besiedelt sind demgegenüber die fruchtbaren Gegenden und Städte des Hochlandes wie Mesched, Isfahan und Schiraz sowie das Ballungsgebiet um Teheran und die kaspischen Küstenprovinzen Gilan und Mazanderan. So leben im Nordwesten des Landes etwa 70 Prozent der Bevölkerung auf 29 Prozent der bewohnbaren Fläche, wohingegen der Südosten und das Binnenland sehr dünn besiedelt sind.

Die erhebliche *Landflucht* – hervorgerufen durch das trostlose und oft im wahrsten Sinne des Wortes brotlose Leben auf dem Lande einerseits und den Traum vom besseren Leben in der Stadt andererseits – hat zu einem Verstärterungsgrad von 56,7 Prozent (1990) mit steigender Tendenz, sowie punktuell zu Slumbildung und städtischer Verelendung geführt. Als mit Abstand größte Stadt des Landes hat Teheran offiziell 7,5 Millionen Einwohner, nach Schätzungen sind es aber bis zu 13 Millionen, die hier ihr Auskommen suchen.

Das Bevölkerungswachstum lag in den 80er Jahren bei bis zu vier Prozent jährlich und damit an der Weltspitze. Unter entwicklungspolitischen Aspekten zählt es heute zu den heraus-

ragenden Problemen des Landes. Wie andernorts konnte die Säuglingssterblichkeit erheblich reduziert werden von 145 auf 1000 Lebendgeburten 1965 auf 52 im Jahre 1990. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung für Männer von 54 auf 65 Jahre und für Frauen von 53 auf 66 Jahre gestiegen. So ergibt sich die für ein Entwicklungsland typische Alterspyramide mit einer absoluten Dominanz der jüngeren Generation: etwa 60 Prozent der Iraner sind jünger als 20 Jahre, aber nur 6 Prozent älter als 60.

Ethnische, sprachliche und religiöse Vielfalt

Bis zum Jahr 2010 sind damit zahlreiche Eheschließungen zu erwarten. Selbst für den unwahrscheinlichen Fall, daß sich die Zweikindfamilie durchsetzen würde, käme es so zu einem enormen Bevölkerungszuwachs, da gleichzeitig im oberen Bereich der Alterspyramide nur wenige sterben. Diese demographische Entwicklung stellt enorme, ja fast unlösbare Anforderungen an das Bildungs- und Gesundheitswesen, die Agrarproduktion und den Arbeitsmarkt des Landes. Inzwischen öffnet sich sogar das sonst sehr konservative Regime für *Familienplanung*, die bislang im Iran gern als westliches Machwerk zur zahlenmäßigen Schwächung der islamischen Gemeinschaft verteufelt wurde. Nach offiziellen Angaben konnte die Zuwachsrate auf 1,8 Prozent jährlich gesenkt werden.

Die herrschende islamistische Ideologie ignoriert gerne die große ethnische, sprachliche und religiöse Vielfalt des Landes, insbesondere in den peripheren Gebieten. Das Gros der Bevölkerung – etwa 73 Prozent – ist indogermanischen Ursprungs und spricht indogermanische Sprachen und Dialekte wie Farsi (das iranische Persisch) und Kurdisch. Der turksprachige Bevölkerungsanteil von etwa 18 Prozent konzentriert sich auf den Nordwesten des Landes. Die in Rasse, Sprache und Religion eigenständigen arabischen Bevölkerungsgruppen in Khuzistan und einzelnen Küstenabschnitten des Arabisch-Persischen Golfes machen etwa 2,2 Prozent der Bevölkerung aus. Der armenischsprachige Bevölkerungsanteil schließlich beläuft sich auf 0,5 Prozent.

Dem Islam gehören 98,5 Prozent der Bevölkerung an, 91 Prozent der schiitischen Konfession, der Rest – vor allem die türkische und arabische Bevölkerung – der sunnitischen Richtung. Daneben gibt es religiöse Minderheiten wie Christen, Juden und Zoroastrier, die zwar Bürger zweiter Klasse sind, aber doch im allgemeinen unbehelligt leben und ihre Religion diskret praktizieren können. Anders verhält es sich mit der Gruppe der *Bahai*, einer Religionsgemeinschaft, die im 19. Jahrhundert in Iran aus dem Islam hervorgegangen ist und sich zur grundsätzlichen Gleichheit aller Religionen bekennt. Ihre Anhänger werden im Iran als Abtrünnige vom Islam mehr oder minder systematisch verfolgt.

Trotz teilweise beachtlicher Bemühungen der Regierung im *Bildungs- und Gesundheitswesen* kann von einer flächendeckenden Versorgung noch keine Rede sein. Nach der Re-

volution 1979 wurde auch das Bildungswesen einer radikalen Islamisierung unterzogen. Dies galt sowohl für die Unterrichtsmaterialien und Bildungsinhalte als auch für eine zusehends geschlechtsspezifische Ausbildung und die weitgehende Abschaffung der Koedukation.

Heute fließen 15 bis 18 Prozent der Staatsausgaben in den Bildungsbereich. Der Unterricht ist kostenlos; zahlreiche Schulen wurden seit 1979 neu gebaut oder erweitert. Doch sind die Probleme durch das Bevölkerungswachstum und den damit einhergehenden rasanten Anstieg der Schülerzahlen schwer in den Griff zu bekommen. Auch der Lehrerbefehl ist – insbesondere in den entlegenen Gebieten – nur schwer zu decken. Die allgemeine achtjährige Schulpflicht für sechs- bis vierzehnjährige Jungen und Mädchen ist insbesondere auf dem Lande nur schwer durchsetzbar. Die Einschulungsrate schulpflichtiger Kinder liegt in den Städten bei etwa 85 Prozent, auf dem Land hingegen unter 60 Prozent.

Die Hochschulausbildung bleibt insgesamt mangelhaft, ein Auslandsstudium damit das Ziel vieler junger Iraner. Außerhalb des formalen Bildungswesens hat die Regierung große Alphabetisierungskampagnen angestoßen, die beachtliche Erfolge hatten, wenngleich die nach offiziellen Angaben erreichte Senkung der Analphabetenrate von 70 auf 30 Prozent vielleicht eine allzu optimistische Sicht der Dinge ist.

Die Importabhängigkeit bei Nahrungsmitteln nimmt zu

Typische Tropenkrankheiten wie Cholera, Durchfallerkrankungen, TB, Typhus, Hepatitis und Malaria sind in Iran weit verbreitet und nehmen häufig einen tragischen oder gar tödlichen Verlauf. Die Bevölkerung ist völlig unterversorgt mit Ärzten, Zahnärzten und kurativen Einrichtungen, von Präventivmaßnahmen ganz zu schweigen. Ein umfassender nationaler Gesundheitsplan brachte gewisse Verbesserungen vor allem im ländlichen Bereich, allerdings werden die hier verbreiteten ambulanten Krankenstationen häufig nur einmal wöchentlich von einem Arzt oder einer Krankenschwester versorgt. Auch in diesem Bereich führt das Bevölkerungswachstum dazu, daß alle Erfolge statistisch gleich wieder relativiert werden.

Für die Wirtschaft des Landes ist das *Erdöl* von herausragender Bedeutung. Zehn Prozent der bekannten Ölvorkommen weltweit befinden sich auf iranischem Boden, außerdem zwölf Prozent der Erdgasvorräte. 15 über das Land verstreute Ölförderstellen sind heute durch ein ausgedehntes Netz miteinander verbunden. An der Küste der ölreichen südiranischen Provinz Khuzistan sind große Verarbeitungs- und Verladeeinrichtungen für Erdöl und Erdgas entstanden. Als die mit Abstand wichtigste Devisenquelle des Landes ist der Ölsektor ein zentraler Entwicklungsfaktor, der allerdings beschäftigungspolitisch eher unbedeutend ist.

Neben Erdöl werden vor allem Teppiche, Pistazien und andere Südfrüchte exportiert. Zu den offiziellen Importerzeugnissen zählen Nahrungsmittel, Maschinen- und Elektroteile sowie Fahrzeuge aller Art. Umfangreiche Waffenimporte werden statistisch kaum erfaßt. Der Versuch, die Importe zu reduzieren, hatte Mitte der 90er Jahre zwar günstige Auswirkungen auf die Devisenbilanz; gleichzeitig sank aber die Kapazitätsauslastung der importabhängigen Industrie auf 30–50 Prozent.

Die enorme Importabhängigkeit stellt ein besonderes Problem im Nahrungsmittelbereich dar. Der einschlägige Devisenbedarf liegt bereits jetzt bei fünf Milliarden US-Dollar jährlich, wobei die Lebensmittel – vor allem Weizen – häufig stark subventioniert an die Bevölkerung weitergegeben werden. Eine weitere Zunahme der Importabhängigkeit bei Nahrungsmitteln wird durch das Bevölkerungswachstum kaum zu umgehen sein.

Das höchste Arbeitsplatzangebot besteht im industriell-handwerklichen Sektor, in dem etwa ein Drittel aller Erwerbstätigen arbeiten. Meist handelt es sich um kleine Produktions- und Reparaturwerkstätten in Familienhand. Größere Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten konzentrieren sich auf die Ballungsgebiete. Seit den 1960er Jahren hat sich Teheran zum industriellen Schwerpunkt insbesondere in den Bereichen Automobilbau, chemische Industrie, Elektroherstellung und Nahrungsmittelindustrie entwickelt. Im Zuge der Bemühungen um eine dezentrale Entwicklung der Industrie wurden andere Standorte wie Isfahan, Mesched, Tabriz, Schiraz und Ahwaz gezielt gefördert. Dennoch verbleiben etwa 40 Prozent der Beschäftigten des Industriesektors im Raum Teheran.

Die Arbeitslosenquote steigt ständig. Während sie 1990 noch bei etwa 20 Prozent lag, gehen inoffizielle Schätzungen heute bereits von einer Arbeitslosenquote von 30–40 Prozent unter der männlichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aus. Die Beteiligung von Frauen am offiziellen Arbeitsleben ist gering und nach der islamistischen Ideologie auch nur in Ausnahmefällen erwünscht. Zahlreiche Großbetriebe wurden in den letzten Jahren stillgelegt. Gleichzeitig hintertreiben die mächtigen und einflußreichen Bazarhändler die notwendige Industrialisierung, die ihre privilegierte Situation ins Wanken bringen könnte.

Die schmale Oberschicht hat ihr Vermögen längst im Ausland in Sicherheit gebracht, und inwiefern ausländische Investoren halten sich angesichts der politischen Verhältnisse im Land zurück. Aufgrund der genannten Faktoren ist eine weitere Eskalation der Verhältnisse auf dem iranischen Arbeitsmarkt zu erwarten. Parallel dazu schreitet die *Verarmung der Bevölkerung* ständig voran. Die Inflationsrate liegt bei 50 bis 60 Prozent jährlich, die durchschnittliche Lohnsteigerung aber bei fünf Prozent. Ein Lehrer muß einen ganzen Tag für ein Kilo Fleisch arbeiten, für ein Kilo Bananen sogar zwei Tage. Die Subventionen für Grundnahrungsmittel werden allmählich abgebaut. Das Gefälle zwischen Arm und Reich ist eklatant. Die reichsten 950 Familien im Land hal-

ten 40 Prozent des Vermögens und Einkommens in ihren Händen, die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung dagegen drei Prozent. Die zu Schahzeiten bedeutende Mittelschicht hat sich weitgehend aufgelöst. Mindestens 75 Prozent der iranischen Bevölkerung liegen im Bereich der knapp bemessenen Armutsgrenze, ein großer Teil darunter, ein Teil ein wenig darüber. Die immer krasser werdende soziale Ungerechtigkeit führt zur totalen Desillusionierung der Bevölkerung bezüglich der Islamischen Revolution und ihrer Versprechungen.

Dennoch: gut 18 Jahre nach der Revolution ist die Legitimität der Islamischen Republik weitgehend unangezweifelt. Es gibt keine wirksame Opposition im Land, und die außenpolitische Akzeptanz ist zumindest erträglich genug, um keinen Druck zu Veränderungen zu erzeugen. Wenn das Regime überhaupt in Gefahr ist, so lauert diese von innen, in Gestalt einer stetig wachsenden Bevölkerung, die kaum noch weiß, wovon sie morgen leben soll. Ihre Bereitschaft, an den Slogan vom Islam als Allheilmittel der Nation zu glauben, schwindet von Tag zu Tag.

Rita Breuer

Unter staatlicher Aufsicht

Der Islam in Usbekistan

Die früheren Sowjetrepubliken in Mittelasien sind traditionell islamisch geprägt. Der Islam in den jetzt unabhängigen Staaten ist aber kein einheitliches Gebilde; eine umfassende islamische Renaissance hat bisher nicht stattgefunden. In Usbekistan versucht der Staat, die Muslime unter seine Kontrolle zu bekommen – die Parallelen zur sowjetischen Religionspolitik drängen sich auf.

1991 schrieb Peter Scholl-Latour in seinem Buch „Den Gottlosen die Hölle. Der Islam im zerfallenden Sowjetreich“ (München 1991, S. 50): „Schließlich kommen wir nicht an der Tatsache vorbei, daß sich die Zukunft des sowjetischen Islam in Usbekistan entscheidet.“ Unter „sowjetischem“ Islam verstand der Autor wohl die Kontrolle und Lenkung des Islam in der Sowjetunion. Unter dieser Voraussetzung hat Scholl-Latour recht behalten. Noch vor dem Zerfall der Sowjetunion, als Usbekistan noch eine Sowjetrepublik war, wurde 1989 in Taschkent der „rote Mufti“ abgelöst. In den darauf folgenden Jahren lösten sich in der gesamten Sowjetunion, bzw. in der GUS alle muslimischen „Direktorate“ von ihrer staatlichen Kontrolle. Unter „Direktorat“ verstand man die jeweilige oberste geistliche Leitung der Muslime in der Sowjetunion. Am Ende der Sowjetunion gab es vier „Direktorate“.

Für die Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion (Dezember 1991) trifft diese These allerdings nicht zu. Zum einen zeigte sich, daß es „den“ Islam in der Sowjetunion/GUS nicht gegeben hat, sondern *verschiedene Gruppierungen und Richtungen des Islam*. Zum anderen verlief die Entwicklung in dem nun selbständigen Usbekistan, was den Islam anbetrifft, anders als etwa in Rußland. Nachdem das usbekische Staatsoberhaupt Karimow sich vergeblich bemüht hatte, den Islam für sich nutzbar zu machen, versucht er in den letzten Jahren, die Muslime in seinem Machtbereich wieder fest in den Griff zu bekommen. Die Ähnlichkeiten zur Sowjetzeit sind unübersehbar.

In Rußland leben rund 20 Millionen Bürger, die sich als Muslime bezeichnen. Sie sind also eine Minderheit unter

rund 148 Millionen Bürgern der Russischen Föderation. Von staatlicher Seite sind in Rußland bisher keine direkten Eingriffe gegen Muslime zu verzeichnen, auch wenn ständig von der Bedrohung durch den „Fundamentalismus“ gesprochen wird. Man beschränkt sich auf „Bremsmaßnahmen“. Hierfür ein Beispiel: Als seinerzeit die gewaltige Gedenkstätte zur 50-Jahr-Feier des Sieges auf dem Verneigungshügel in Moskau errichtet wurde, waren eine orthodoxe Kirche, eine Moschee, eine Synagoge mit eingeplant. Errichtet wurde die orthodoxe Kirche, und vor kurzem hat Tschernomyrdin den Grundstein für eine Synagoge auf dem Hügel gelegt – die Moschee bleibt weiter in Planung.

Wie der Islam nach Mittelasien kam

1992 sagte der Vizepräsident des Muftiats (oder Direktorats) in Taschkent, K. Sachichan, 86 Prozent der Bevölkerung Usbekistans würden sich zum Islam bekennen (Gesamtbevölkerung rund 20 Millionen). Und in zehn Jahren wäre Usbekistan ein islamischer Staat. Sehen wir einmal davon ab, daß das Bekenntnis, Muslim zu sein, nicht gleichzusetzen ist, daß jeder, der sich als „Muslim“ bezeichnet, auch an Allah glaubt. Wenden wir vielmehr den Blick in die Vergangenheit und fragen, wie der Islam nach Mittelasien gekommen ist. Die Legende erzählt, daß ein Vetter des Propheten Mohammed, Kussam Ibn Abbas, im 7. Jahrhundert den wahren Glauben gebracht habe. Sein Sarkophag in der Mausoleumsanlage „Scha-i-Sinda“ in Samarkand ist bis heute eine Wallfahrtsstätte. Die Legende berichtet, die Ungläubigen hätten